

Der Rostocker Bote

Unabhängiges Mitteilungsblatt für die Hansestadt Rostock

Ausgabe 1/2010



Anlagen der ehemals volkseigenen Warnow-Werft.

Aus für Schiffbau?

Die traditionsreiche Warnow-Werft steht kurz vor dem Aus. Dort, wo jahrzehntelang der Schiffbau den Rhythmus bestimmte, könnte zumindest mittelfristig ein Luxusareal mit Marina und Wohnungen für reiche Russen entstehen. Soweit die Nachrichten aus Moskau.

Fest steht, daß dem aktuellen Kaufvertrag zufolge der neue Eigner sämtliche Patente und Konstruktionsunterlagen erhielt. Vermutlich steht uns ein Technologieexport in großem Stile nach Rußland bevor.

Fest steht auch, daß es seit Februar 2008 keine neuen Aufträge mehr gab. Weder Jussufow, dem derzeitigen Eigner, noch seinem Vorgänger Burlakow gelang es, hier erfolgreich zu sein, wobei sich die Frage ergibt, ob die Herren so etwas überhaupt wollen. Burlakow beispielweise hatte es beizeiten geschafft, sich in Rußland, wo er sich ebenso erfolglos im Flugzeugbau versuchte, einen denkbar schlechten Leumund zu erwerben. Grund: undurchsichtige Finanztransaktionen.

Die NPD-Landtagsfraktion wies darauf bereits vor einem Jahr hin. Sie forderte von der Landesregierung, einmal näher zu erklären, worin die Gründe für die Auftragsmisere bestehen. Des weiteren sollten die Regierenden erläutern, welche Erkenntnisse sie zur Struktur der damaligen Wadan Yards GmbH unter Einschluß der Investment-Gesellschaft FLC West besitzen. Ein Konzept zur Akquise neuer Aufträge war ein weiterer Punkt in dem Vorstoß.

Die Regierung warf der Antragstellerin seinerzeit vor, dem Industriestandort M-V zu schaden (!). Burlakow sitzt mittlerweile in Moskauer U-Haft. Der Vorwurf: Abzweigung von Geldern aus einer staatlichen Firma. Die Landesregierung muß sich den Vorwurf gefallen lassen, bei Burlakow nie so recht auf den Busch geklopft zu haben. Welche Referenzen konnte er vorweisen? Wurde der Mann auf Geldwäsche überprüft? Fehlanzeige, steht zu vermuten. Statt dessen steckte die konzeptionslose rot-schwarze Regierung Million um Million in die Werften, ohne direkten Ein-

fluß ausüben zu können. Hier ergab sich für die nationale Opposition ein weiterer Ansatz: Sie forderte, die Werften zurück

in deutsche Hände zu führen, was nichts anderes bedeutet, als daß sich der Staat und/oder das Land an den Betrieben beteiligen oder diese vergesellschaftet werden. So läßt es das Grundgesetz im übrigen zu. Reif ist die Zeit auch für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, um so die Rolle des Landes beim Werftennabsturz in M-V aufzuklären.

Eine zwielichtige Rolle spielte die Gewerkschaft IG Metall. Ihre Vertreter sitzen im Gläubigerausschuß der Nordic-Yards-Werften und haben zu allem ja und amen gesagt, um jetzt mit Forderungen wie z. B. nach einer Landesbeteiligung an den Werften auf die Pauke zu hauen.

Von der Werftenmisere profitiert derzeit neben dem Insolvenzverwalter (soll 3,5 Millionen für seine Tätigkeit erhalten) nur noch das Land. Dessen Forderungen waren im Grundbuch gesichert und flossen inzwischen zurück – dasselbe Land, das jetzt zynischerweise die Transfergesellschaften in Warnemünde und Wismar nicht über den 31. März hinaus zu verlängern gedenkt.

■ Kurz und Knapp

Gesundheit: Birnen aus der Türkei werden jetzt von der Lebensmittelüberwachung verstärkt auf ihren Amitraz-Gehalt hin kontrolliert. Als Arzneistoff findet Amitraz in der Tiermedizin Anwendung; als insektizider Wirkstoff befindet er sich in Pflanzenschutzmitteln, die gegen Birnblattsauger eingesetzt werden. Für bewußte Zeitgenossen lautet das Motto ohnehin „**Regional ist erste Wahl**“ – auch bei Birnen.



Verwaltung: In voraus-eilemdem Gehorsam hat die Stadtverwaltung bereits die Mietverträge für die Ortsämter Evershagen und Lütten Klein im März bzw. Mai 2010 gekündigt. Dies geschah, obwohl noch gar kein Ausweichobjekt zur Verfügung steht. So plant man nun zu nächst, das Ortsamt Evershagen in die Räumlichkeiten des Ortsamtes Lütten Klein zu verlagern. Darüberhinaus soll künftig auch die Anzahl der Ortsämter reduziert werden, um Kosten einzusparen.

Jubiläum: Jeder Hansestädter hat ihn schon einmal gesehen. Michael Tryanowski, der wohl beliebteste Straßenmusikant Rostocks, wurde im Dezember 90 Jahre. Darum wollen auch wir diesem sympathischen Markenzeichen Rostocks, meist mit Akkordeon und Schiffermütze ausgerüstet, nachträglich gratulieren und noch viele weitere Jahre bei bester Gesundheit wünschen. Zum Geburtstag gab es übrigens ein neues Akkordeon.

Kostenfalle Zuwanderung

Das Thema „Kosten der Zuwanderung“ beschäftigt neben Nationalisten und Konservativen auch Menschen, die diesen Kräften (noch) ablehnend gegenüberstehen. Interessiert an Datenmaterial sind aber auch sie.

Ohnehin klamme Städte und Landkreise müssen immer mehr Volksfremde aufnehmen, wozu sie teilweise Regelungen des Bundes verpflichtet. Auf Anfragen von Abgeordneten reagieren die meisten Stadtoberen pikiert, ausweichend oder gar ablehnend. Für Verwaltungen soll es sogar Anweisungen geben, entsprechende Daten wie Geheimwissen zu behandeln.

Anfrage des Rostocker NPD-Stadtvertreters David Petereit

Der Rostocker NPD-Stadtverordnete David Petereit unternahm dennoch den Versuch, für die Öffentlichkeit entsprechendes Datenmaterial zugänglich zu machen. Er erkundigte sich unter anderem nach der Höhe der

Mittel, die Rostock für die soziale Beratung, Betreuung und für die soziale Projektarbeit zugunsten von „Personen mit Migrationshintergrund“ zur Verfügung stellt. Weiter wollte Petereit wissen, wie hoch die finanziellen Belastungen für die Hansestadt durch Zahlungen von direkten Sozialleistungen und Unterbringungskosten an genannten Personenkreis sind.

Sozialsenatorin wand sich wie Aal

Die Anfrage fiel in den Zuständigkeitsbereich der Sozialsenatorin Dr. Liane Melzer (SPD). Nach zweifacher Fristverlängerung zur Beantwortung der Fragen zeigte sich die aus Hamburg stammende Juristin

erwartungsgemäß von ihrer süßsauren Seite.

Der Gesetzgeber habe die Gewährung von Sozialleistungen „nicht an die Herkunft“ der Antragsteller gebunden, sondern orientiere sich an „sachlichen und objektiven Kriterien“. Eine Unterscheidung der Leistungsempfänger im Sinne der Anfrage sei daher nicht möglich, erklärte Frau Melzer, um sich dann wie der Aal in der Reuse zu winden: „Gegen die Fragen bestehen im Übrigen rechtliche Bedenken, da die Fragestellung in ihrer Beantwortung geeignet ist, Folgen herzuleiten, die zu einer Diskriminierung des benannten Personenkreises führen können“, erklärt die SPD-Dame, die

von 2001 bis 2008 im sozialen Brennpunkt Hamburg-Altona als Sozialdezernentin tätig war.

Praxis wie in der Ex-DDR

Allem Anschein nach liegt Material vor, um die Anfrage zu beantworten, doch hält es die Sozialsenatorin für angebracht, die Daten der Öffentlichkeit vorzuenthalten.

Das Zahlenmaterial dürfte also Brisanz bergen, so daß dieses bei Veröffentlichung – um in Frau Dr. Melzers Wortwahl zu bleiben – „dazu geeignet“ wäre, den sozialen Frieden zu stören, weil es wahrscheinlich noch mehr Menschen aufwachen läßt.

Diese Praxis erinnert an die der untergegangenen DDR. Auch deren Verantwortliche hatten unbequeme Sachverhalte mit dem Vermerk „Streng vertraulich!“ versehen und die politisch-sozialen Folgen schlichtweg ignoriert. Wie's endete, wissen wir alle. Lassen sich gewisse Dinge doch nur über einen bestimmten Zeitraum unter den Teppich kehren. – bis man drüber stolpert.



Irrweg „links“

Zwischen Herbst 2008 und Juli 2009 wurden in der Hansestadt Rostock vier PKW abgefackelt. In allen Fällen handelte es sich um Fahrzeuge von Zeitgenossen, deren „Verbrechen“ aus Sicht der Täter darin besteht, eine nationale Einstellung zu haben.

Im Juni 2007 eröffnete in der Doberaner Straße ein Bekleidungsgeschäft, mit dem sich junge Leute eine Existenz aufgebaut haben. Auch hier haben militante Linksautonome, die von der noch am Ruder befindlichen Politikerkaste verführt wurden, schon kräftig gezündelt.

Trotz der medialen Verharmlosung wird auch in Rostock mehr und mehr Menschen bewußt,

von wem in Wahrheit die Gewaltakte ausgehen. Es sind personelle Zusammenhänge, die mit Steuergeldern fürstlich finanziert werden und deren Sitz sich in „alternativen“ Jugend- und Wohnprojekten befindet. Ab und an schlüpfen die linksextremistischen Pyromanen auch unter das Dach so genannter Projekte „für Demokratie und Toleranz“, die ebenfalls aus Steuerzahlers Tasche finanziert werden und deren Dauerwahlk(r)ampf gegen die nationale Opposition zu führen.



Mit „Demokratie“ und „Toleranz“ haben sie – lotet man ein wenig tiefer – allerdings nur wenig am Hut. Nennen sie doch ein Weltbild ihr eigen, das die Menschheit nicht in geschichtlich gewachsene Völker und Nationen, sondern in „Bourgeoisie“ und „Proletariat“ einteilt. Die entsprechenden Experimente haben vornehmlich in Mittel- und Osteuropa zwischen 1917 und 1989 etwa 100 Millionen Menschen mit dem Hab und Gut, der Gesundheit und nicht zuletzt mit dem Leben bezahlt.

Die Gönner des heutigen Straßbenmobs sitzen – durch Diäten

und andere Versorgungswerke gut „geölt“ – fett und feist in den Parlamenten und dabei in den Reihen der Blockparteien, angefangen bei den Linken und den Sozis über Liberale bis hin zu den angeblich konservativen Christdemokraten.

Sie sorgen dafür, daß die Geldquellen für den „antifaschistischen“ Mob weiterhin sprudeln, um so vom eigenen Versagen auf der ganzen Linie abzulenken. Nutzen wird ihnen das nichts, erkennen doch immer mehr Zeitgenossen, wer für ihre Probleme in Wahrheit verantwortlich ist. Letztendlich bleibt ihnen nur die Wahl zwischen einer Kraft, die sich wirklich um die Belange des Volkes kümmert und jenem noch regierenden Parteienkartell, das für Ausverkauf, Steuergeldverschwendung, Chaos und Verelendung steht.

■ Helfen Sie mit!



Der Rostocker Bote ist ein regionales Projekt der *Initiative für Volksaufklärung e. V.* und soll nun auch in der Hansestadt Rostock helfen, das etablierte Zeitungskartell um eine unabhängige und nicht käufliche Stimme zu erweitern.

Unterstützen Sie die Verbreitung unserer Zeitung.

Werden Sie dauerhaft Leser unserer Zeitung. Für 5,00 Euro erhalten Sie alle Ausgaben eines Jahrganges direkt in den Briefkasten. Mit dem Restbetrag können wir die Auflagenzahl weiter steigern und noch mehr Haushalte erreichen. Außerdem können Sie auch größere Stückzahlen erwerben und in Ihrer Nachbarschaft verteilen. Eine flächendeckende Verteilung ist derzeit nicht zu bewältigen. Um den Boten auf jeden Fall zu erhalten, sollten sie ihn abonnieren.

Sie haben wichtige Informationen, die an die Öffentlichkeit gehören? Vertrauen Sie sich uns an und wir machen es publik. Treten Sie mit uns in Kontakt, je eher desto besser:

Rostocker Bote
Postfach 161145
18024 Rostock

■ Impressum

Initiative für
Volksaufklärung e.V.
Postfach 1120, 17429 Bansin

Funk: 0172 / 47 75 010
rostock@volksaufklaerung.info

V.i.S.d.P.: Birger Lüssow,
Postfach 161145, 18024 Rostock; E.i.S.

König Fußball

Weil alles, was er anfaßte, zu Gold wurde, mußte König Midas der griechischen Sage nach verhungern – da man Gold nicht essen kann.

In Rostock wollte man ähnlich schlau sein und alles um den Volkssport Fußball herum „zu Gold machen“. Selbst das Heimatstadion des FC Hansa, das Ostseestadion trägt jetzt den Namen eines Go(e)ld-Institutes. Ehedem mit Volkes Kraft in aufopferungsvollen, mehrhunderttausenden Stunden der Freizeit für das Volk errichtet, sollte es eine Sportstätte für den Breitensport sein. Doch als die besseren Zeiten der blühenden Landschaften auch über die Rostocker hereinbrachen, begann auch für das ehemalige Ostseestadion eine neue Epoche.

Alles wurde schick und modern auf Fußball ausgerichtet, schließlich wollte man sich ja im neuen Bundesliga- und UEFA-Himmel unter all die anderen Fußballgötter mischen. Allein in den Stadionneubau flossen ca. 55 Mill. DM. Da muß schon die Frage erlaubt sein, wieviel seinerzeit in den eigenen Nachwuchs floß.



Und doch ertönte weiterhin der Lockruf des Goldes. Ziemlich zur selben Zeit als man dachte, alles was man anfasse würde Gold in die ewig klamme Vereinskasse spülen, begann das innere Verhungern.

Die Fans, das Lebensblut eines jeden Vereins mußten mit ansehen und mit erleiden, daß es eben nicht ausreicht alles zu vergolden, wenn die innere Substanz unter dem verführerisch schimmernden Lack tabstirbt.

Doch was nutze der Protest von ca. 10.000 Fans des FC Hansa und vieler hundert Vereinsmitglieder gegen die seelenlose Vergoldung von Tradition und Substanz? OSTSEESTADION war nicht mehr gut genug – das mußte fortan DKB-Arena heißen. Daß eine DKB-Arena überall auf der Welt stehen kann und man

doch nicht weiß wo sie steht, ist dabei egal, denn sie steht nur für die Kommerzialisierung des Sports.

Ein Ostseestadion dagegen steht für die Identifikation mit dem Heimatverein, mit der Region und der Bevölkerung die hier lebt.

Die Midasse im Vorstand des FC Hansa hatten nur noch taube Ohren für den Pulschlag von unten. Sie hörten nur noch den Einflüsterungen der Goldmacher zu. Alles würde besser werden. Doch immer wenn die goldenen Pläne und Personalien dem Verein neue Lebensenergie spenden sollten, wurde das Verhungern nur schlimmer. Und jedes Mal stellte sich die schöne Verheißung hinterher nur als wertloses Messing heraus – außer Spesen nichts gewesen, weiß der Volksmund.

Mittlerweile ist man immerhin dabei, sich zumindest wieder auf einen echten Wert zu besinnen, der das wahre Gold verkörpert – den eigenen Nachwuchs. Bringt der Verein die nötige Geduld auf und folgt er nicht den Verlockungen neuer „Midasse“, wird es auch im Ostseestadion über kurz oder lang wieder Spitzenfußball geben.

Werbung



www.mupinfo.de
Nachrichten für Mecklenburg und Pommern

Freundeskreis Volksbücherei

Jede Spende hilft!

Jede Spende, auch Buchspenden, hilft, beim Aufbau der ersten öffentlichen, freien und deutschfreundlichen Volksbücherei.

Treten Sie mit uns in Verbindung!
c/o PF 161145, 18024 Rostock

